Revision der Lateranverträge

Autor(en): **Gyssling, Walter**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Freidenker [1956-2007]**

Band (Jahr): **60 (1977)**

Heft 2

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-412387

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Revision der Lateranverträge

Das italienische Parlament beschäftigt sich in diesen Wochen neben anderen heissen Problemen mit der Revision der Lateranverträge. Diese wurden 1929 zwischen Mussolini und Papst Pius XI. abgeschlossen, begründeten den Vatikanstaat und sicherten der katholischen Kirche auch im übrigen Italien bedeutende Vorrechte zu. Der Katholizismus wurde offizielle Staatsreligion, die Kirchengüter erfreuen sich seither grosser steuerlicher Begünstigungen, kirchliche Trauungen wurden den weltlichen gleichgestellt und können an deren Stelle stehen, der katholische Religionsunterricht wurde in den Schulen obligatorisch. Das alles gewährte Mussolini der Kirche, um sie dem faschistischen Regime freundlich zu stimmen.

Seit dem Sturz des Faschismus wird in der italienischen Oeffentlichkeit immer nachhaltiger die Revision, wenn nicht die Kündigung dieser Verträge gefordert. Aber keine der christdemokratischen Regierungen hat sich natürlich bereit erklärt, diesem Verlangen nachzugeben.

Aber jetzt, da die Christdemokraten im Parlament nicht mehr über eine Mehrheit verfügen, muss sie auf den wachsenden Druck Rücksicht nehmen, und Ministerpräsident Andreotti hat daher eine Revisionsvorlage eingebracht. Sie sieht die Abschaffung des Katholizismus als Staatsreligion vor, stellt ihm die übrigen christlichen Bekenntnisse gleich, macht den katholischen Religionsunterricht künftig von der Zustimmung der Eltern abhängig und verfügt bezüglich der kirchlichen Trauungen, dass sie zwar bestehen bleiben, dass aber die Auflösung einer auf kirchlicher Trauung beruhenden Ehe der Bestätigung durch ein weltliches Gericht bedarf. Kein Wort hingegen über die Reform der steuerlichen Begünstigung von Kirchengütern.

Die Regierungsvorlage wird lebhafte Debatten auslösen, die laizistischen Parteien (Liberale, Radikale, Republikaner, Sozialdemokraten, Sozialisten) stellen weitergehende Verlangen oder fordern die Kündigung der Verträge überhaupt. Die Kommunisten, die immer noch das sogenannte «historische Kompromiss» mit den katholisch-politischen Kräften Italiens anstreben, zeigen sich dagegen eher zu gewissen Konzessionen bereit, deren Einzelheiten aber noch ausgehandelt werden müssen. Daher ist im besten Fall nur mit einer recht bescheidenen Revision der Lateran-Verträge zu rechnen.

Walter Gyssling

Vor meinen Freunden behütet mich ...

Ein Russe, den man für einen Polen hält, ist schwer beleidigt; und umgekehrt. Nachbarvölker denken meist übel voneinander, aber die Polen haben viel geschichtliche Ursache die Russen nicht leiden zu können. Als 1956 Gomulka zur Macht kam, hatte er grossen Anhang, weil er ein Gegner Stalins war. Seinem Nachfolger, Gierek, gab man 1970 bloss eine Chance, weil er zwar nicht als Gegner der Russen, wohl aber als tüchtiger Verwalter bekannt war. In dieser Richtung hat er sich auch bewährt, besonders, weil er Türen zum Westen öffnete, wo er Kredite bekam und ganze Fabriksmaschinerien einkaufen konnte. Aber für jede Verbindung mit dem Westen beeilte er sich zu einem tiefen Bussfall vor Moskau und seine Beteuerungen von Polens «ewiger Verbundenheit» mit der Sowjetunion wird ihm vom Volk verübelt, den Intellektuellen — die 1968 offen gegen Gomulka waren — wie den Arbeitern, denen in der Krise von 1970 jene passiv gegenüberstanden. Die kapitalistische Wirtschaftskrise, die sich auch auf die Beziehungen mit Polen auswirkten (keine neuen Kredite und weniger Absatzmöglichkeit für den polnischen Export), verhalfen Gierek zu einer wirtschaftlichen Wallfahrt nach Moskau, wo man ihm neue Kredite für Lebensmittellieferungen gab; damit hofft er seine antisowjetischen Gegner, zu denen auch die Kirche gehört, zu spalten. Jan Szydlak, der die polnische Politik vom Parteistandpunkt überwacht, hatte diese Krise vorausgesagt und warnte vor kapitalistischen Ideen, insbesondere vor dem reaktionären Inhalt der katholischen Kirche:

«Die grösste antisozialistische Organisation in unserem Lande, ein richtiges Zentrum, das alle staatsfeindlichen Kräfte vereinigt, während es verlorene Hoffnungen vorspiegelt, ist der reaktionäre Flügel der Hierarchie, die ihre Unterstützung in der institutionellen Struktur der römisch-katholischen Kirche hat. Sie ist das einzige Zentrum gesellschaftlicher Rechtsströmungen mit einer einheitlichen Philosophie, einer stark durchorganisierten Basis und zahlreichen Kadern ... Ihre politische Strategie geht darauf aus, vor allem unsere Schwierigkeiten und Fehlschläge für sich auszunützen.»

Aber was man in dieser Hinsicht in Russland sagen kann, geht in Polen nicht leicht durch, wo selbst Arbeiter und Intellektuelle verbohrte Katholiken sind und der Papst den reaktionären Kardinal Wyszynski gebeten hat, weiter auf seinem Posten zu verharren, wenngleich er schon pensionsreif wäre. Die Kirche antwortete mit dem ebenso berechtigten Vorwurf, dass das Geschichtsstudium unterbunden wird, weil alles geistig gleichgeschaltet ist und die Einfuhr von Veröffentlichungen aus dem Ausland untersagt ist. Alles ist auf Propaganda und Gehirnwäsche ausgerichtet, wie es Orwell in seinem letzten Buch geschildert hatte. Der Primat selbst verlangte freie Meinungsäusserung und Forschung sowie Versammlungs- und Pressefreiheit, also Dinge, die es in Kirchenstaaten wie Irland oder Israel nicht immer gibt.

Im Londoner «Guardian» vom 22. November 1976 schreibt Jill Tweedie, wer als Jude gelten will, muss nach Israel auswandern; wer das nicht will, muss sich restlos assimilieren. Alles andere ist reine Scheinheiligkeit. Die Jugend ist gegen die Orthodoxen, die den Staat Israel nicht anerkennen, weil der Messias noch nicht gekommen ist.

«Wissen Sie — sagen sie —, dass es Bezirke in Jerusalem gibt, in die wir nicht gehen können, weil sie uns am Sabbath steinigen würden, oder gar, weil Mädels nackte Arme oder Beine zeigen?» Sie verulken das Rabbinat, das die bürgerlichen Gesetze vorschreibt. Wer nicht in der Synagoge heiraten will, muss für eine Ziviltrauung nach Zypern fahren. Und gar die arme So-und-so aus Brooklyn, sie heiratete einen Orthodoxen und wenn sie die